

Mainz, den 19. Juni 2026

## Pressemitteilung

### **Weltflüchtlingstag 2026: 275 Organisationen fordern zum Umdenken im Flüchtlingschutz auf: Es geht auch anders!**

Zum Weltflüchtlingstag stellt sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Wohlfahrt, Menschenrechtsarbeit, Kirchen und Zivilgesellschaft unter dem Motto „*Es geht auch anders! Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt*“ gegen die Entrechtung von schutzsuchenden Menschen. 75 Jahre nach Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention formulieren sie in einem Memorandum eine Zukunftsvision für einen starken Flüchtlingschutz, von dem alle profitieren.

*„Europa begeht Verrat an der historischen Errungenschaft der Menschenrechte, wenn es sich der Herausforderung von weltweit fast 120 Millionen Menschen auf der Flucht durch ihre Diskreditierung, Stigmatisierung, Entrechtung, Kriminalisierung und Inhaftierung oder durch die Errichtung eines immer gewaltförmigeren Grenzregimes entzieht“,* sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, der das Memorandum als eine von bundesweit 275 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet hat.

*„Es ist ein Verrat zulasten der Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, damit sie in Sicherheit und Würde leben können und ein Verrat an der eigenen Zukunftsfähigkeit. Denn das Bekenntnis zu den Menschenrechten und die Verpflichtung, sie zu achten, ist identitätsstiftend für Europa und einer der nicht gerade vielen ‚Standortvorteile‘ unseres alternden und auf Einwanderung dringend angewiesenen Kontinents. Wer ihn ‚über Bord wirft‘, richtet Schaden an.“*

Dass es anders geht, so Jäger weiter, zeige das heute veröffentlichte ...

#### **... Memorandum für einen starken Flüchtlingschutz**

Das heute veröffentlichte [Memorandum „Es geht auch anders! Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt“](#) wird von Amnesty International, AWO Bundesverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland, Handicap International und PRO ASYL herausgegeben und von 275 Organisationen, darunter 68 Bundesorganisationen inklusive der Evangelischen Kirche Deutschland, mitgetragen.

Mit Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention vor 75 Jahren wurden die Rechte von Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen, völkerrechtlich verankert. Das bedeutet, Staaten müssen aktiv Verantwortung übernehmen und dürfen diese nicht anderen Ländern aufdrängen.

In dem Memorandum entwerfen die Organisationen eine Zukunftsvision für einen starken und solidarischen Flüchtlingsschutz im 21. Jahrhundert:

*„Verfolgte Menschen finden Schutz. Staatliche Grenzen stehen dem Recht des Einzelnen auf ein Leben in Sicherheit und Würde nicht entgegen. [...] Ein Flüchtlingsschutz, der diesem Anspruch gerecht wird, ist möglich. Was dafür gestärkt werden muss, ist das, was uns als Gesellschaft trägt: Solidarität, Respekt im Umgang miteinander und die Bereitschaft, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Das ist die Basis für einen Flüchtlingsschutz, der für alle funktioniert und das Zusammenleben insgesamt verbessert.“*

### **„Worüber wir jetzt reden wollen“ – Impulse und Visionen**

In dem Memorandum geben die Organisationen konkrete Impulse, wie ein funktionierender Flüchtlingsschutz gelingen kann. Aufgeteilt auf fünf Handlungsfelder, haben sie Themen identifiziert, über die Politik und Gesellschaft reden sollten:

- 1. Globalen Schutz schaffen**, unter anderem das Konzept sicherer Drittstaaten abschaffen sowie den europäischen Solidaritätsmechanismus stärken und ausbauen.
- 2. Gewaltfreie Grenzen und sichere Fluchtwege ermöglichen**, unter anderem das Verbot von Zurückweisung von Schutzsuchenden konsequent durchsetzen, eine ausnahmslos auf alle ausgerichtete staatliche Seenotrettung sicherstellen und die aktuell ausgesetzten Resettlement- und Familiennachzugsverfahren wiederaufnehmen.
- 3. Faire Asyl- und Gerichtsverfahren und Aufenthaltsperspektiven bieten**, unter anderem jeden Asylantrag gründlich prüfen, eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung schaffen, zivilgesellschaftliche Unterstützungs- und Beratungsangebote bedarfsgerecht finanzieren und ausreichende Möglichkeiten zum Spurwechsel schaffen.
- 4. Gute Startbedingungen durch soziale Rechte ermöglichen**, unter anderem das menschenwürdige Existenzminimum für alle effektiv und diskriminierungsfrei von Anfang an gewähren und für alle Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt schaffen.
- 5. Teilhabe und Mitbestimmung – Gesellschaft gemeinsam gestalten**, unter anderem mindestens das kommunalen Wahlrecht für alle einführen, die sich rechtmäßig seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten, sowie Bundesprogramme wie *„Demokratie leben“* und *„Gesellschaftlicher Zusammenhalt“* ausreichend finanzieren.

Anlage:

*„Memorandum für einen starken Flüchtlingsschutz:  
Es geht auch anders! Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt“*